

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

53. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 7 · 6. September 2022

Regierungserklärung

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat die Schwerpunkte der Koalition von CDU und Grünen vorgestellt. Auf die Regierungserklärung folgte ein Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition. S. 3-5

Ukraine

Der Landtag will die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zur Ukraine weiter intensivieren. Diese und andere Themen standen auf der Tagesordnung der Plenartage im August und September. S. 6

Energieversorgung

Die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Energieversorgung haben den Landtag beschäftigt. Die Abgeordneten debattierten in einer Aktuellen Stunde über die geplante Gasumlage. S. 7

Scharnier

Landtag Intern erklärt in einer neuen Serie parlamentarische Begriffe und stellt Funktionen in der parlamentarischen Demokratie vor. In Teil 1 geht es um den Parlamentarischen Staatssekretär. S. 8

Schwarz-grüne Ziele

Kursbestimmung der neuen Landesregierung



INHALT



Foto: Schälte

Regierungserklärung

„Eine Zeit größter Herausforderung“ S. 3

Schlagabtausch S. 4

Plenum

Meldungen S. 6

Folgen der Energiekrise S. 7

Forum

Scharnier zwischen
Parlament und Regierung ... S. 8

Porträt

Ministerpräsident
Hendrik Wüst (CDU) S. 9

Aus den Fraktionen S. 10

Kurz notiert S. 12

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Désirée Linde (Grüne), Nadja Wilkins (FDP), Christian Schäler (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 2. September 2022, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



„Eine Zeit größter Herausforderungen“

31. August 2022 – Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in der ersten Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl die Ziele der schwarz-grünen Landesregierung vorgestellt. Er betonte: „Wir erleben eine Zeit größter Herausforderungen.“ Als Beispiele nannte Wüst den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, die Energiekrise, die Corona-Pandemie. Aufgabe der Politik sei es, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und sich dabei ausschließlich am Wohl der Menschen zu orientieren.

Preiserhöhungen infolge der Energiekrise betreffen besonders jene Menschen, die zuvor schon jeden Euro zweimal hätten umdrehen müssen, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Eine warme Wohnung, der Weg zur Arbeit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dürften kein Luxus sein. „Normale Leute“ müssten sich ein „normales Leben“ leisten können. Auf genau diese Menschen müsse das „dritte Entlastungspaket“ abzielen. Das Land Nordrhein-Westfalen sei bereit, Entlastungen mitzutragen.

Ein weiteres Thema: Corona. Die Pandemie sei nicht vorbei, betonte Wüst. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erwarteten für den Herbst eine neue Welle: „Wir wissen aber besser damit umzugehen.“ Bereits im Sommer habe man damit begonnen, sich auf Herbst und Winter vorzubereiten. Die Landesregierung werde „alles tun, damit Kinder im Winter in die Schule gehen können“. Eltern, Kinder und Lehrkräfte bräuchten Klarheit und Verlässlichkeit. Beides biete die Landesregierung von CDU und Grünen.

Ministerpräsident
Hendrik Wüst (CDU)



Der Bevölkerung in der Ukraine sicherte Wüst erneut die Unterstützung Nordrhein-Westfalens zu: „Wir stehen heute und in Zukunft an Ihrer Seite.“ Mehr als 200.000 Ukrainerinnen und Ukrainer hätten Zuflucht in NRW gefunden. „Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind da, wenn es darauf ankommt“, sagte Wüst. „Sie helfen in der Not.“

Industrieland NRW

Nordrhein-Westfalen sei seit 200 Jahren das Zentrum der deutschen Industrie, so der Ministerpräsident: „Wir sind Industrieland, weil wir Energieland sind.“ Gute Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit hingen „ganz maßgeblich von einer vitalen und leistungsstarken Industrie“ ab. Bei der Energieversorgung stehe das Land nun vor besonderen Herausforderungen. Erforderlich seien „neue Lieferbeziehungen für Gas, um unabhängig von Russland zu werden“, und eine „Flexibilität bei der Kohleverstromung“. Die Landesregierung sei „bereit, weitere Kohlekraftwerke aus der Reserve wieder ans Netz zu lassen, ohne am Kohleausstieg 2030 zu rütteln“. Zugleich müsse der Ausbau der Erneuerbaren Energien „mit ganzer Kraft“ vorangetrieben werden. Dies gelinge nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort.

Der Ministerpräsident kündigte in seiner Regierungserklärung erhebliche Investitionen u. a. in den Umwelt- und Naturschutz an. „Der Schutz des Klimas ist die größte Herausforderung unserer Zeit“, sagte er. Die Landesregierung wolle Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Region Europas machen. Jeder wirtschaftliche Wandel habe aber auch stets eine soziale Dimension. Den Menschen müsse die Sicherheit ge-

geben werden, „dass sich zwar manches ändert, sie aber auch in Zukunft mit Fleiß und Einsatz ein gutes Leben führen können“.

Im Mittelpunkt der Landespolitik stünden Familien, Kinder und Jugendliche, sagte Wüst und nannte als Grundlage den Aktionsplan „Familienfreundlichkeit Nordrhein-Westfalen“. Das Betreuungsangebot in Kitas und in der Tagespflege solle ausgebaut, das dritte Kita-Jahr vor der Einschulung beitragsfrei werden. Das Land werde noch einmal 10.000 zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter solle in einem Stufenplan auf A 13 angehoben und die Besoldung für die aktiven Lehrkräfte angepasst werden.

Der Kinder- und Jugendschutz werde weiter gestärkt, die Bekämpfung von Sexualdelikten solle dabei ein Schwerpunkt sein, kündigte Wüst an. „Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt zu stellen, heißt auch, dass sie mitreden und mitbestimmen können“, sagte der Ministerpräsident. Deshalb sollen bei Landtagswahlen künftig auch 16-Jährige wählen können.

Die Polizei solle personell verstärkt und besser ausgestattet werden. „Bei uns gilt die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Wir wollen insbesondere den Schwachen zu ihrem Recht verhelfen und haben besonders die Opfer im Blick – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung oder Geldbeutel“, so der Ministerpräsident.

Weitere Themen der Regierungserklärung waren u. a. Verkehr und Mobilität, Forschung und Entwicklung, Landwirtschaft, Kultur und Kommunales. Wüst kündigte zudem Initiativen gegen das Phänomen „Einsamkeit“ an. Dabei werde man auf Ergebnisse der Enquetekommission aus der vergangenen Wahlperiode zum Thema zurückgreifen. *zab*

Lob und Tadel nach der Regie

1. September 2022 – Koalition und Opposition haben sich im Plenum einen heftigen Schlagabtausch über den Kurs der neuen schwarz-grünen Landesregierung geliefert. Am Tag zuvor hatte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) die erste Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl abgegeben (Bericht Seite 3).

„Ihre Regierungserklärung war dem Ernst der Lage in keiner Weise angemessen“, warf der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thomas Kutschaty** dem Ministerpräsidenten vor. Wüst habe per Amtseid geschworen, Schaden vom Land abzuwenden. Er hätte, so Kutschaty, daher auch erklären müssen, wie seine Regierung Familien und Unternehmen schützen wolle. Das habe er nicht getan. Die SPD-Fraktion fordere ein Zwei-Milliarden-Euro-Entlastungspaket für NRW – die Steuereinnahmen in diesem Jahr genügten allemal. Nötig seien außerdem Investitionen in neue Energiesysteme, Mobilität und Technologien, aber auch in Bildungsgerechtigkeit und für deutlich mehr Wohnungen. Zum Wirtschaftsprogramm der Regierung meinte Kutschaty: „Ein abgeräumter Kirmesplatz versprüht mehr Aufbruchstimmung.“ Er verlangte einen Stabilitätsfonds für mittelständische Unternehmen, einen Schuttschirm für Stadtwerke, einen „Pakt für Stahl“ und ein Infrastrukturprogramm für den ländlichen Raum. Die Ankündigung von mehr Schwimmunterricht nutze nichts, wenn die Kommunen gleichzeitig mangels Geld ihre Schwimmbäder schlössen. „Sie müssen die Kommunen von den Altschulden befreien“, folgerte Kutschaty. „Nicht irgendwann, sondern jetzt.“

Thomas Kutschaty (SPD)

Thorsten Schick (CDU)

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** wies die Kritik von Kutschaty zurück. Man habe am Vortag einen Ministerpräsidenten erlebt, der sich um das Land sorge und der sich um die Anliegen der Menschen kümmere. Schick betonte, die Politik sei gefordert wie selten zuvor. So sei die Inflation ein großes Problem für die Bürgerinnen und Bürger. Sie treffe vor allem Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner sowie Familien mit Kindern. Er forderte daher den Bund auf, zügig das angekündigte dritte Entlastungspaket vorzulegen. Nordrhein-Westfalen zahle bei jedem Entlastungspaket mit. Allein die Senkung der Mehrwertsteuer beim Gasverbrauch koste das Land eine halbe Milliarde Euro. NRW mache das gerne, um den Menschen zu helfen. Es sei aber „blanker Populismus“ der Opposition, so zu tun, als sei die Landesregierung an den Entlastungen nicht beteiligt. Schick kündigte an, die „Zukunftskoalition“ von CDU und Grünen werde die

kommenden fünf Jahre zur Erfolgsgeschichte machen und Antworten auf die großen Herausforderungen der Zeit geben.

„Unkonkret geblieben“

Nordrhein-Westfalen müsse gut regiert werden, dafür lohne es sich zu streiten, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Diese Rolle werde die FDP als „kritische und konstruktive“ Opposition einnehmen. Die schwarz-grüne Landesregierung habe im Koalitionsvertrag viele Absichten bekundet, sei aber unkonkret geblieben. Inflation, Krieg, Energiekrise – das seien die bestimmenden Themen der Zeit, zu denen der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung lediglich den Status quo beschrieben habe. Höne: „Das ist deutlich zu wenig.“ Zudem dränge sich der Eindruck auf, dass sich die CDU mit politischen Schwerpunkten nicht habe durchsetzen können. „Die CDU mag die Staatskanzlei gewonnen ha-

Erklärung

Fotos: Schälte

Henning Höne (FDP)

Verena Schäffer (Grüne)

Dr. Martin Vincentz (AfD)

ben, die Grünen gewannen diesen Koalitionsvertrag“, sagte Höne. Politik habe die Aufgabe, Weichen für die Zukunft zu stellen. „Wir müssen Möglichmacher sein.“ Die Landesregierung werde dem aber nicht gerecht, da die Parameter nicht stimmten: u. a. bei der Klimapolitik, der Digitalisierung, der Bau- und Wohnungspolitik, der Ausstattung der Polizei sowie der Bekämpfung der Clankriminalität.

Klimawandel, Krieg in der Ukraine, Corona: „Uns in Nordrhein-Westfalen zeichnet aus, dass wir in den akuten Krisen zusammenstehen und anpacken“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Für die Grünen sei es ein zentrales Leitmotiv, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Natur zu hinterlassen. Die schwarz-grüne Koalition werde der Klima- und der Artenkrise deshalb „mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten“. Man werde die Erneuerbaren Energien ausbauen und Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion

Europas machen, den Flächenverbrauch reduzieren und eine „zentrale Koordinierungsstelle Umweltkriminalität“ beim Landeskriminalamt einrichten. Weitere Schwerpunkte seien u. a. die Bekämpfung von Armut und Diskriminierung, die Schaffung preiswerten Wohnraums sowie Kinder- und Jugendschutz. Beim Landtag solle die Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten angesiedelt werden – für Polizeikräfte sowie alle, „die sich nicht direkt bei der Polizei über die Polizei beschweren wollen“. Bei CDU und Grünen handle es sich um „zwei selbstbewusste Fraktionen“ mit zum Teil unterschiedlichem Blick auf Themen, sagte Schäffer. Das sei eine „große Chance“.

„Galoppierende Inflation“

AfD-Fraktionsvorsitzender **Dr. Martin Vincentz** warf der neuen Landesregierung vor, sie verkenne die „desaströse Realität“ im Land.

60 Prozent der Menschen könnten kein Geld mehr zurücklegen angesichts einer „galoppierenden Inflation“ und wüssten nicht, wie sie drohende Nachzahlungen für Energie leisten sollten. Das Konsumklima sei im freien Fall, in der Industrie gebe es Auftragseinbrüche. Die Menschen benötigten endlich Entlastungen. Das „Durchwurschteln“ der Politik werde ihnen nicht gerecht. In der Bildungspolitik kritisierte der AfD-Politiker, das Land spare weiter bei Schulen und Bildung, eine Besserung sei nicht in Sicht. Die Coronapolitik nannte er „völlig verfehlt“. Obwohl Studien zeigten, dass die bisherigen Maßnahmen falsch gewesen seien, verharre die Regierung in Panik. In der Energiepolitik richte Deutschland den Blick auf die falschen Alternativen. Anstatt „teures Frackinggas“ aus den USA oder „teuren und ineffizienten Wasserstoff“ aus Kanada importieren zu wollen, müssten hierzulande Atom- und Kohlekraftwerke weiter betrieben werden.

sow, wib, tob, zab



Polizeieinsatz in Dortmund

23.8.2022 – Der Hauptausschuss hat sich mit einem Polizeieinsatz in Dortmund befasst, bei dem ein 16-Jähriger erschossen worden war. Aus einer Jugendeinrichtung sei am 8. August ein Notruf bei der Polizei eingegangen, berichtete Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU). Ein Jugendlicher, der dort in psychologischer Behandlung gewesen sei, habe sich im Innenhof der Einrichtung ein 15 bis 20 Zentimeter langes Messer an oder vor den Bauch gehalten – offenbar, um sich das Leben zu nehmen. Die Polizei habe zunächst Reizgas und Elektroschocker, sogenannte Taser, eingesetzt, um den Geflüchteten aus dem Senegal zu stoppen. Diese Maßnahmen zeigten keine Wirkung. Ein Polizist habe dann sechs Schüsse aus einer Maschinenpistole abgefeuert. Nach dem Bericht über die Vorkommnisse stellten die Abgeordneten zahlreiche Fragen – u. a. zur Wirksamkeit von Tasern, zu Bodycams, zur Einsatztaktik und warum kein Spezialeinsatzkommando ausgerückt sei. Was im Detail geschehen sei, sei Gegenstand laufender Ermittlungen, erläuterte Minister Reul. „Dieser Fall wird lückenlos aufgeklärt.“ Dabei gelte: „Gründlichkeit vor Schnelligkeit.“

Untersuchungsausschuss

1.9.2022 – Die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen in der Corona-Pandemie sollte nach dem Willen der AfD-Fraktion Gegenstand eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses werden. In einem entsprechenden Antrag ([18/623](#)) hatte die Fraktion 19 Fragenkomplexe benannt, denen der Ausschuss nachgehen sollte, u. a., welche Erkenntnisse die Landesregierung ab dem 27. Januar 2020 über das Coronavirus gehabt, welche Schlüsse sie gezogen habe oder welche Schlussfolgerungen nötig gewesen wären. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, bedarf es laut Landesverfassung eines Fünftels der Abgeordneten. Das entspricht

in der 18. Wahlperiode 39 Abgeordneten. Der AfD-Fraktion gehören zwölf an.

Pflegeheime

2.9.2022 – Angesichts steigender Energiepreise haben sich die Abgeordneten in einer aktuellen Stunde mit der Situation von Pflegeheimen befasst. Zahlreichen Einrichtungen drohe die Insolvenz, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion ([18/720](#)), der der Debatte zugrunde lag. Durch Preissteigerungen von Strom und Gas hätten Heime mit „mehreren zehntausend Euro monatlich“ zusätzlich zu rechnen. Die Landesregierung müsse den „Bankrott“ von Pflegeheimen verhindern. [Lisa-Kristin Kapteinat](#) (SPD) sprach von Energiekostensteigerungen von bis zu 1.000 Prozent. Statt monatlich 180 Euro seien dann 900 Euro pro Person fällig. Solche Steigerungen ließen sich nicht durch kluges Wirtschaften auffangen: Das Land müsse tätig werden. [Marco Schmitz](#) (CDU) warf seiner Vorrednerin vor, Ängste zu schüren. Er bat darum zu unterscheiden, wo der Bund, wo das Land und wo die Träger verantwortlich seien. Natürlich werde das Land dort Verantwortung übernehmen, wo es zuständig sei, sagte er. [Yvonne Gebauer](#) (FDP) kritisierte, die Landesregierung habe den Sommer verschlafen. „Nichtstun ist sträflich und kommt uns alle teuer zu stehen.“ Hilfen müssten nun zeitnah erfolgen. Das Land könne es sich nicht leisten, auch nur einen Platz in einem Pflegeheim zu verlieren. [Mehrhad Mostofzadeh](#) (Grüne) entgegnete, die Landesregierung kümmere sich und finanziere Entlastungspakete des Bundes mit. In den Haushaltsplanungen des Landes für das Jahr 2023 sowie in Förderprogrammen würden zusätzliche Mittel bereitgestellt. AfD-Fraktionschef [Dr. Martin Vincentz](#) sagte, dass Pflegeheime in dieser Situation dringend entlastet werden müssten. Das Land sei aber „kaum der richtige Ansprechpartner“, zum anderen seien die genannten Ideen „nicht mehr als ein populistisches Feuerwerk“. Gesundheitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) wies darauf hin, dass Menschen, die in Pflege-

heimen leben und Grundsicherung erhalten, „die Kosten über die Grundsicherung finanziert bekommen“. Andere hätten Anspruch auf Wohngeld. Das sei aber offenbar noch nicht bekannt genug.

Ukraine-Partnerschaft

2.9.2022 – Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP wollen eine Regionalpartnerschaft von Nordrhein-Westfalen und der Ukraine vorantreiben. In der aktuellen Notsituation brauche das Land nicht nur handfeste Hilfe, sondern eine ermutigende Perspektive, für die es sich weiterzukämpfen lohne, heißt es im gemeinsamen Antrag der Fraktionen ([18/609](#)). Der Weg der Ukraine in die Europäische Union – sollte es grünes Licht für Beitrittsverhandlungen geben – gestalte sich vermutlich lang und anspruchsvoll. Dabei könne die Unterstützung freundschaftlich verbundener Städte und Regionen von großer Bedeutung sein. Die Landesregierung solle prüfen, ob die ukrainische Seite Interesse an einer Regionalpartnerschaft habe und – falls ja –, welche dortige Region dafür in Betracht komme. Der Landtag hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

Laufende Gesetzgebung

Gesetz zur Änderung des Strafrechtsbezogenen Unterbringungsgesetzes NRW | [18/570](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 31. August 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der medizinischen Technologie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [18/63](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Grundsteuergesetz Nordrhein-Westfalen (GrStG NW) | [18/49](#) (Neudruck) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Folgen der Energiekrise

31. August 2022 – Die stark gestiegenen Energiepreise infolge des Kriegs in der Ukraine und die Folgen für Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft haben den Landtag beschäftigt. Im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde auf Antrag der FDP stand die von der Bundesregierung geplante Gasumlage.

Die Umlage soll angesichts der angespannten Versorgungslage von Gaskunden gezahlt werden, um Rohstoffhändler vor wirtschaftlichen Problemen zu schützen. Das Vorhaben steht in der Kritik, weil auch Firmen profitieren könnten, denen es wirtschaftlich gut geht. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte daher Änderungen angekündigt.

Im Antrag der FDP-Fraktion (18/719) heißt es u. a., dass die Gasumlage viel höher als eigentlich erforderlich ausfalle, wenn es zu keinen „substantiellen Nachbesserungen bei den Antragsbedingungen“ komme. „Eine künstlich hohe Gasumlage zu Gunsten liquider Großimporteure ist zutiefst unfair, überhaupt nicht sachgerecht und droht zudem die sozialen Folgen der Energiekrise weiter zu verschärfen.“

Dietmar Brockes (FDP) warnte, die „rasant steigenden Energiepreise“ senkten die Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher und gefährdeten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Hier müsse dringend gegengesteuert werden. Brockes kritisierte, die Gasumlage sei handwerklich schlecht gemacht. Auch hoch profitable Rohstoffhändler könnten sich „die Taschen voll machen“. Der Landesregierung warf er vor, keine eigenen Maßnahmen zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Industrie zu planen. CDU und Grüne müssten sich nun „dringend um die Probleme der Gegenwart“ kümmern.

Dr. Jan Heinisch (CDU) entgegnete, dass der Antrag der FDP keine Ideen oder Impulse enthalte, wie die Menschen und die Wirtschaft gut durch die kommenden Monate kommen

könnten. Auch sei die Partei Teil der Bundeskoalition und habe selbst eigene Verantwortung beim Thema Gasumlage. Heinisch nannte den Antrag „blass und durchschaubar“. Die Gasumlage sei grundsätzlich richtig, sie müsse aber korrigiert werden. Es gebe Unternehmen, die Unterstützung benötigten, und solche, die sie nicht benötigten. „Differenzierung“ sei das Gebot der Stunde. Der Bundeswirtschaftsminister arbeite aber bereits an der Umlage.

„Sorgen der Menschen“

„Es geht um viel mehr als die Gasumlage“, erklärte **Alexander Vogt** (SPD), nämlich um die Unterstützung der Menschen und der Unternehmen. Eigene Impulse der Landesregierung blieben aus. Man sei an einem Punkt angelangt, an dem „Menschen nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Einkommen ihre Wohnung und Energierechnung bezahlen können und ob sie Kühlschränke oder Herde betreiben können“, sagte Vogt. Er frage sich, ob der Ministerpräsident und die Landesregierung von den Sorgen der Menschen überhaupt etwas mitbekommen hätten. Das Land sei mit in der Pflicht, auch den Menschen und den Unternehmen zu helfen.

Trotz schwieriger Zeiten stehe man geschlossen an der Seite der Ukraine gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin, der Energie als Waffe einsetze, betonte der Grünen-Abgeordnete **Michael Röls**. Er verteidigte die Gasumlage, die von Bundestag und Bundesrat mitgetragen werde. Sie werde so angepasst, dass nur diejenigen davon profitierten, die die

Unterstützung tatsächlich benötigten. Die Kostensteigerung beim Gas selbst jedoch falle insgesamt wesentlich mehr ins Gewicht als die Gasumlage. Ideen zur Entlastung lägen vor. Aber: „Ohne massives Energiesparen als gemeinsame Anstrengung wird es nicht gehen“, betonte Röls.

Mit der Aktuellen Stunde wolle die FDP-Fraktion „von den eigentlichen Ursachen der Energiekrise ablenken“ und einen „Schaukampf“ aufführen, sagte **Christian Loose** (AfD). Der größte Treiber für den Anstieg der Gaspreise sei nicht der russische Angriffskrieg, sondern ein „Klimakartell“. Es bestehe aus verschiedenen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen. Sie hätten beschlossen, dass Gas und Öl teurer werden müssten. Das Angebot sei verknappert worden. Gleichzeitig seien Atom- und Kohlekraftwerke abgeschaltet worden. Bereits vor Beginn des Kriegs habe das immense Preissteigerungen verursacht.

Der Ursprung der Energiekrise liege im Angriffskrieg Russlands, entgegnete Wirtschaftsministerin **Mona Neubaur** (Grüne). In einem Wirtschaftskrieg gegen Europa habe Wladimir Putin Gaslieferungen „zur Waffe gemacht“. Deutschland habe zuvor einseitig auf russisches Gas gesetzt und versäumt, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Bei der Gasumlage wiederum solle im Bund nachgebessert werden, um diese mehr am „Prinzip der Solidarität“ auszurichten. Zeitgleich müsse ein sozial- und industriepolitisches Entlastungspaket eingeführt werden, von dem u. a. Menschen mit geringem Einkommen sowie der Mittelstand profitierten.

wib, sow, tob

Foto: Schälte

Scharnier zwischen Parlament und Regierung

August 2022 – In einer neuen Serie erklärt Landtag Intern wichtige parlamentarische Begriffe und stellt zentrale Funktionen in der parlamentarischen Demokratie vor. Folge 1: der Parlamentarische Staatssekretär beziehungsweise die Parlamentarische Staatssekretärin – eine Funktion, die in der neuen Landesregierung von CDU und Grünen der Abgeordnete Josef Hovenjürgen (CDU) ausübt.

Am 29. Juni 2022 hat der Präsident des Landtags, André Kuper, die Ministerinnen und Minister der Landesregierung von CDU und Grünen vereidigt. In jedem Ministerium gibt es beamtete Staatssekretäre – sie sind die höchsten Beamten der Behörde und fungieren als Amtschefin oder Amtschef. Mit Amtsantritt müssen sie eine Mitgliedschaft im Landtag beenden.

Eine spezielle Stellung haben die Parlamentarischen Staatssekretäre oder Staatssekretärinnen, für die ein Landtagsmandat zwingend notwendig ist. Denn sie fungieren sozusagen als Scharnier zwischen Parlament und Landesregierung.

Die besondere Funktion wurde Ende der 1960er-Jahre zunächst auf Bundesebene eingeführt. In Nordrhein-Westfalen gibt es sie seit 1986 – die Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatssekretärinnen werden von der Ministerpräsidentin beziehungsweise dem Ministerpräsidenten berufen und unterstützen ein Mitglied der Landesregierung bei der Erfüllung besonderer Regierungsaufgaben.

Und sie pflegen die Verbindung zum Landtag sowie den Fachausschüssen. Ihre Aufgaben sind in einem eigenen Landesgesetz geregelt („Gesetz über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen“).

Mittlerfunktion

Edith Niehuis, ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin auf Bundesebene, spricht von einer Mittlerfunktion „zwischen der demokratisch gewählten Volksvertretung, der Legislative, und der vollziehenden Gewalt, der Exekutive“. Die Existenz der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre verhindern, „dass die Exekutive sich abschottet, und



Josef Hovenjürgen (CDU)

sorgt für Information und Transparenz, also für wesentliche Elemente einer Demokratie“¹.

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat für die neue Wahlperiode einen Parlamentarischen Staatssekretär berufen: den CDU-Politiker Josef Hovenjürgen MdL. Der 59-Jährige aus Haltern am See unterstützt im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung Ministerin Ina Scharrenbach (CDU). Schwerpunkt seiner Arbeit sind die Belange des Ruhrgebiets und die Ruhrkonferenz.

Diese war in der vorangegangenen Legislaturperiode ins Leben gerufen und im April 2018 vom damaligen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) vorgestellt worden. Ziel: den Strukturwandel in der Region zu begleiten, eine Vision für deren Zukunft zu entwerfen und dabei die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure vor Ort einzubeziehen.

Die neue Regierung von Ministerpräsident Wüst will das Projekt fortsetzen. Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen heißt es u. a.: „Die Ruhrkonferenz soll die sozialräumlichen und ökologischen Folgen des klimagerechten

Umbaus von Industrie und Wirtschaft begleiten und den Metropolgedanken ausbauen.“

Der Parlamentarische Staatssekretär, selbst ein Kind der Region, sagt: „Meine Aufgabe wird es sein, die verschiedenen Player in der Region zusammenzuführen. Gemeinsam wollen wir die im Ballungsraum vorhandenen vielfältigen Potentiale bündeln. Wenn alle in der Region an einem Strang ziehen und über Stadtgrenzen hinaus miteinander kooperieren, wird es uns gelingen, die Ballungsregion inmitten unseres Landes zu einem echten Kraftzentrum zu machen.“ Die häufig beschriebene Vielfalt „des größten Ballungsraums in unserem Land“ sei dessen größte Stärke. Hovenjürgen: „Ich möchte daran mitwirken, dass die verschiedenen Elemente besser ineinandergreifen und das Ruhrgebiet in den kommenden Jahren deutlich vorankommt.“

Die Vorteile seiner besonderen Funktion als Scharnier zwischen Landtag und Landesregierung sieht der Politiker, der dem Landparlament seit mehr als 20 Jahren angehört, als eine „besondere Konstellation“, die es dem Parlamentarischen Staatssekretär ermögliche, sowohl im Parlament als auch in der Landesregierung für seinen Arbeitsbereich zu wirken. „Damit sind die Einflussmöglichkeiten gesteigert. Die Kommunikationswege sind kurz, was sich nur positiv auswirken und der Sache zugutekommen kann.“ Hovenjürgen ergänzt: „Ich bin Abgeordneter aus dem Ruhrgebiet, bin in der Region aufgewachsen und vernetzt. Ich kenne die Akteure in der Region, in den Verbänden und in den Städten. Die Menschen kennen mich seit Langem, kommen mit zahlreichen Informationen und Ideen, aber auch mit Kritik zu mir. Auch all diese Informationen fließen unmittelbar in meine Arbeit als Parlamentarischer Staatssekretär für die Ruhrkonferenz und das Ruhrgebiet ein.“

red

1: Edith Niehuis: Information und Transparenz – Wie wichtig sind Parlamentarische Staatssekretäre?, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 53/2006

Porträt: Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU)



Foto: CDU Nordrhein-Westfalen / Tobias Koch

„Hallo, ich bin der Neue hier“, begrüßte Hendrik Wüst (CDU) die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei in einer Videobotschaft, als er im Herbst 2021 das Ministerpräsidentenamt von Armin Laschet übernahm. Auf die Politik traf diese Beschreibung sicher nicht zu: Schon mit 15 Jahren gründete Hendrik Wüst gemeinsam mit Freunden den Stadtverband der Jungen Union (JU) in seiner Heimatstadt Rhede, galt schon früh als ehrgeizig: „Der wird mal Ministerpräsident“, wollen Weggefährten gemunkelt haben.

Angefangen hat Wüst allerdings mit kleineren Zielen: „Auf dem Gymnasium habe ich gegen die Einführung von Kopierkosten gekämpft, das war vielleicht mein erstes politisches Engagement“, sagt der Christdemokrat.

Der Weg in die Politik führte über den Rheder Stadtrat, für den Wüst schon mit 19 Jahren kandidierte. „Ich bin nicht in die Politik gegangen wegen der Bebauungsplanänderung im Ortsteil West“, sagt der 47-Jährige im Rückblick. „Die Freiheitsbewegung während der Wendezeit hat mich beeindruckt.“

2005 wechselte er in den Landtag nach Düsseldorf. Weiter volksnah zu bleiben, war ihm immer wichtig: „Wenn du deine Politik nicht mehr erklären kannst, musst du dich ernsthaft fragen, ob es noch die richtige ist“, sagt Wüst, der bis heute eine enge Verbindung zu seiner Heimat Rhede hat, dort gemeinsam mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter lebt.

Schon Wüsts Eltern und Großeltern lebten in Rhede, seine Mutter arbeitete als Fleischerin in der Metzgerei der Familie, Wüsts Vater war Handelsvertreter für Textilmaschinen. „Das

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Hendrik Wüst (CDU). Der 47-jährige Jurist aus dem Münsterland führt als Ministerpräsident die erste schwarz-grüne Landesregierung in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

Selbstständigsein hat meine Familie sehr geprägt“, sagt Wüst.

Er studierte Jura in Münster, engagierte sich parallel weiter in der Politik. Mit 25 wurde er Landeschef der Jungen Union.

2006, nur ein Jahr nach seiner Wahl in den Landtag, wurde Hendrik Wüst Generalsekretär. 2010 trat er von diesem Amt zurück – dass dieser Teil seiner Biografie immer wieder zitiert wird, stört ihn nicht. Wüst ist seit 2005 durchgängig Abgeordneter. Dass er neben seinem Landtagsmandat für einige Jahre auch außerhalb der Politik arbeitete – u. a. als Geschäftsführer des Verbands der nordrhein-westfälischen Zeitungsverleger – habe ihn gestärkt: „Diese innere Sicherheit: Es gibt auch ein gutes Leben jenseits der Politik, die habe ich vielen anderen Spitzenpolitikern voraus.“

Politisches Neuland

Sieben Jahre später stieg Wüst dann aber wieder ganz ein: Als Armin Laschet (CDU) 2017 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, ernannte er Hendrik Wüst zu seinem Verkehrsminister. Im Herbst 2021, nach Laschets Wechsel in die Bundespolitik, wurde Wüst zum Ministerpräsidenten gewählt. Rund 200 Tage Bewährungszeit blieben ihm, ehe er im Mai 2022 zur Landtagswahl antrat und für die CDU einen Erfolg einfahren konnte. Mit einer Koalition mit den Grünen betritt Hendrik Wüst Neuland – diese politische Konstellation gab es in Nordrhein-Westfalen bislang noch nicht.

Wüst hat sich für die laufende Legislaturperiode viel vorgenommen. Er sagt: „Der Schutz unseres Klimas und die Bewahrung der Schöpfung sind die größten Aufgaben unserer Zeit. Klimaschutz, erfolgreicher Artenschutz gelingt, wenn wir gleichzeitig die sozialen Errungenschaften unseres Gemeinwesens garantieren: unseren Wohlstand, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Wir müssen den Menschen die Sicherheit geben, dass sich manches ändert, aber sie weiter mit Fleiß und Einsatz ein gutes Leben führen können.“ Die Landesregierung werde bei allen notwendigen Anstrengungen immer auch das Soziale mitdenken. Der Satz von Karl Arnold gelte auch in diesen Zeiten: „Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein. Wir werden den Schutz des

Klimas mit Industrie, ihren guten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit versöhnen. Ich bin zuversichtlich: Gemeinsam schaffen wir ein nachhaltiges Land, eine lebenswerte, sichere, soziale Heimat. Das ist das Erbe, das ich unseren Kindern und Enkeln hinterlassen möchte.“

Um sich auch im Büroalltag fit zu halten, hat er ein Deskbike an seinem Schreibtisch stehen – eine Art Heimtrainer, der ihn in Bewegung hält. Seine Frau Katharina und Tochter Philippa pendeln mit ihm zwischen Rhede und Düsseldorf. „Meine Tochter hat meinen Blick auf die Welt verändert“, sagte Wüst in einem Interview. „Ein Lächeln von ihr erdet.“ *Maïke von Galen*

Zur Person

Ministerpräsident Hendrik Wüst wurde am 19. Juli 1975 in Rhede (Münsterland) geboren. Er ist verheiratet und hat eine Tochter. Nach dem Abitur studierte er von 1995 bis 2000 Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Auf das Referendariat folgten das zweite juristische Staatsexamen und die Zulassung als Rechtsanwalt. Von 2006 bis 2010 war Wüst Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, von 2017 bis 2021 Verkehrsminister in NRW. Seit 2021 ist er Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Hendrik Wüst ist seit 2005 Abgeordneter des Landtags und seit 2021 Ministerpräsident.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Neben meinem Bett liegt eigentlich immer irgendein Krimi. Da kann ich mich am besten mit entspannen.

Welche Musik hören Sie gerne?

Viel Radio, gerne lokal.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Einen guten Schinken aus der westfälischen Heimat und einen Apfelsaft vom Direktverzeuger nebenan am Niederrhein.

Ihr liebstes Reiseziel?

Mit kleiner Tochter alles mit Wasser und Strand, egal ob Nord- oder Ostsee oder Seen im Münsterland.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

CDU-Fraktion hat 28 neue Fachsprecherinnen und -sprecher

Die 76 Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion haben nach dem Ende der sitzungsfreien Zeit ihre Fachsprecherinnen und -sprecher für die Ausschüsse gewählt. Es ist eine wichtige strategische Weichenstellung für die größte regierungstragende Fraktion im Landesparlament. Das sind unsere Fachsprecher:

Dr. Christos Katzidis (Innen), Dr. Christian Untrieser (Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie), Claudia Schlottmann (Schule), Jochen Ritter (Bauen und Wohnen), Björn Franken (Digitalisierung), Heinrich Frieling (Kommunales), Markus Höner (Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Dr. Ralf Nolten (Umwelt und Naturschutz), Marco Schmitz (Arbeit, Gesundheit, Soziales), Olaf Lehne (Finanzen), Oliver Krauß (Verkehr), Jens Kamieth (Kinder, Jugend, Familie), Jens-Peter Nettekoven



Foto: Ralph Sondermann

(Sport), Heike Wermer (Kultur), Andrea Stulich (Medien), Angela Erwin (Justiz), Raphael Tigges (Wissenschaft), Dietmar Panske (Integration), Heike Troles (Frauen und Gleichstellung), Dr. Günther Bergmann (Petitionen), Daniel Hagemeier (Hauptausschuss), Romina Plonsker (Europa und Internationales), Bernd Krückel (Haushaltskontrolle), Matthias Kerkhoff (Wahlprüfungsausschuss), Charlotte Quik (Kinderschutzkommission), Wilhelm Korth (Bergbausicherheit), Hendrik Schmitz (Landesbetriebe und Sondervermögen) und Jörg Blöming (Personal).



SPD-Fraktion stellt sich in Teams den Zukunftsaufgaben des Landes

Die 56 Abgeordneten der SPD-Fraktion haben ihre Sprecherinnen und Sprecher in den Fachausschüssen des Landtags gewählt. In

fünf Teams finden sich die Abgeordneten nun zusammen: Wir wollen Chancengleichheit erreichen, Respekt schaffen, Transformation

umsetzen, Demokratie stärken und Stadt, Land und Heimat gestalten. Dabei haben wir stets im Blick, dass die Herausforderungen unserer Zeit nicht auf dem Rücken kleinerer und mittlerer Einkommen ausgetragen werden.

Unsere Teams haben jede Menge parlamentarische Erfahrung. Zudem bringen viele neu gewählte Abgeordnete neue Impulse in unsere Arbeit mit ein. Zusammen vertreten wir das ganze NRW – alle Regionen, verschiedene religiöse Einstellungen und alle Altersklassen.



Grüne Fraktion mit neuem Vorstand

Zum Abschluss der Sommerpause traf sich die neu konstituierte Landtagsfraktion der GRÜNEN für eine zweitägige Arbeitsklausur in Essen. Die 39 Abgeordneten diskutierten die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Monate, organisierten ihre Arbeitskreise und bestimmten ihre Sprecherinnen und Sprecher für die Landtagsausschüsse. Darüber hinaus stand auch die Wahl des neuen Vorstands an: Die Fraktion wählte als Doppelspitze Verena Schäffer und Wibke Brems zu ihren Vorsitzenden. Zur Fraktionsgeschäftsführerin wurde Norika Creuzmann gewählt, im Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Mehrdad Mostofizadeh bestätigt.

Als neue stellvertretende Vorsitzende wurden Dr. Julia Höller, Norwich Rübe, Michael Röls und Gönül Eglence gewählt. Zum erwei-



terten Fraktionsvorstand gehört zudem Landtagsvizepräsidentin Berivan Aymaz.

Der frisch gewählte Vorstand (siehe Foto) mit neuen und erfahrenen, jungen und älteren Frauen und Männern freut sich sehr über die Wahl und auf die Arbeit mit und für die bisher größte GRÜNE Landtagsfraktion.

Nun sind wir gut aufgestellt und bereit, die Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen anzugehen und das Land in der neuen Legislaturperiode nachhaltiger, krisenfester und gerechter zu machen.



Impfpflicht für Pflegepersonal und Ärzte aufheben

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, die Impfpflicht für Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufzuheben. Mit den Omikron-Varianten hat sich das Infektionsgeschehen maßgeblich verändert. Eine Impfung kann bei Omikron im Gegensatz zu vorherigen Varianten wie Delta weder eine Infektion von Geimpften noch die Ansteckung von Dritten ausschließen. Der beabsichtigte Schutz von vulnerablen Personengruppen wurde damit im Vergleich zum Zeitpunkt des Beschlusses der Impfpflicht erheblich reduziert. „Die einrich-



Henning Höne (FDP)

tungsbezogene Impfpflicht bleibt ein umstrittenes und sensibles Thema. Es wachsen weiter Zweifel an der Angemessenheit. Auch ist die Umsetzung mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden“, erklärte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Henning Höne. So stand seit April in Nordrhein-Westfalen für mehr als 20.000 Beschäftigte eine Einzelfallprüfung durch das jeweilige Gesundheitsamt an.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat die einrichtungsbezogene Impfpflicht infrage gestellt. Eine konkrete Initiative der

Landesregierung blieb jedoch aus. „NRW-Gesundheitsminister Laumann sät in der Öffentlichkeit mit seinen gemischten Signalen Zweifel an dieser Maßnahme. Aber er unternimmt nichts für die Abschaffung. So kann man keine Politik machen. Ich erwarte ein klares Signal dieser Landesregierung, sich für die Abschaffung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einzusetzen“, betonte Henning Höne. Darüber hinaus soll die Aufklärung über Impfungen, ihre Schutzwirkung und die Bedeutung einer Immunisierung der Bevölkerung fortgesetzt werden.



Standortnachteil: Regierung



Dr. Martin Vincentz (AfD)

Egal ob „Coronakrise“, „Klimakrise“ oder „Ukraine-Krise“: Man hat zunehmend den Eindruck, dass die Regierung Gefallen am Krisenmodus als legislativem Handlungsumfeld gewinnt. Zu leicht lässt sich mit der Angst Politik machen. Die „Lösung“ scheint dabei oft schon vor dem Problem festzustehen.

„Aber die Krise trifft uns alle gleichermaßen“, wenden Politiker bemüht nahbar ein. Wirklich? Nein. Alle sind gleich, aber manche sind nach Orwell nun mal „gleich“. „Die Krise“ ist hierzulande stets ein Konjunkturprogramm für linksgrüne Transformationspolitik. Deren Verfechter haben in warmen Amtsstuben und Parlamenten wenig auszuhalten. Für den Mittelstand ist sie dagegen existenzbedrohend.

Das geht auch aus einem internen Schreiben des Präsidenten des Deutschen Industrie-

und Handelskammertages (DIHK), Peter Adrian, hervor. Er schlägt Alarm: „Aktuell verliert Deutschland. Die Energiepreise explodieren, viele Rohstoffe sind knapp und wegen der nachlaufenden Lieferschwierigkeiten durch Corona haben wir es zusätzlich mit Versorgungsengpässen bei Halb- und Fertigwaren zu tun.“

NRW ist als Industrieland auf einen stabilen Exportmarkt und verlässliche Energie angewiesen. Wir können uns weltfremde Politik als Standortnachteil nicht länger leisten. Es braucht einen echten Wandel und zwar jetzt.



Kurz notiert

Hilfe für Czernowitz

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 24. August 2022 den Direktor der Caritas in der ukrainischen Stadt Czernowitz, Lyobomir Ivanochko, im Parlament begrüßt und sich mit ihm über Hilfsaktionen für die Kommune ausgetauscht. Der Landtag hatte bereits im Juni eine großangelegte Spendenaktion für Czernowitz unterstützt. Die Landeshauptstadt Düsseldorf hatte gemeinsam mit dem Caritasverband Düsseldorf und Hunderten Freiwilligen die Aktion „Zehntausend Pakete für Czernowitz“ ins Leben gerufen, um Geflüchtete mit Hilfsgütern und Lebensmitteln zu versorgen. Die Stadt ist seit Beginn der russischen Invasion einer der Fluchtorte der Ukraine.

Würdigung

Der Landtag hat zu Beginn der Plenarsitzung am 31. August 2022 des früheren russischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers Michail Gorbatschow gedacht. Die Abgeordneten erhoben sich zu einer Schweigeminute. Gorbatschow war am Abend zuvor im Alter von 91 Jahren gestorben. Er und seine Frau Raissa hatten im September 1996 den Landtag besucht. Gorbatschow hielt damals eine Rede im Plenarsaal. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Michail Gorbatschow als großen Staatsmann, dem Deutschland seine Einheit zu verdanken habe: „Perestroika und Glasnost, Wandel und Offenheit. Die Worte und Taten Michail Gorbatschows haben mitentscheidend zur friedlichen Vereinigung Deutschlands und zur Demokratisierung vieler Länder Osteuropas geführt. Seine Worte und seine Haltung bräuchten wir heute so dringend – mit Blick auf die Ukraine und den Frieden in der Welt. Danke, Präsident Gorbatschow.“

Gestorben

- 14.7. **Karl Frey** (CDU/93)
MdL 1966 – 1985
- 30.7. **Karl Wegener** (CDU/88)
MdL 1990 – 1995
- 16.8. **Erwin Siekmann** (SPD/86)
MdL 1995 – 2005

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 4. Oktober 2022.



Foto: Schälte

Jugendlandtag 2022

Vom 27. bis 29. Oktober 2022 erleben 195 junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren wieder hautnah Politik im Landesparlament: Beim Jugendlandtag schlüpfen sie in die Rollen der Abgeordneten, organisieren sich in Jugendlandtagsfraktionen, beraten über aktuelle Themen und diskutieren ihre Anträge in einer Plenarsitzung. Die Beschlüsse der 195 Jung-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier werden im Anschluss an den Hauptausschuss des Landtags übermittelt. Den Jugendlandtag bietet das Landesparlament seit 2008 als Format der politischen Bildung an. Rund 2.200 junge Menschen haben bisher mitgemacht.

Foto: Schälte